

TREFFEN VON GABRIEL UND PUTIN: EIN TREFFEN ZWEIER ALTER FREUNDE?

Vergangenen Mittwoch wurde Vizekanzler Sigmar Gabriel vom russischen Präsidenten Wladimir Putin in seiner Residenz in Nowo-Ogarjowo bei Moskau empfangen. Die Gespräche dauerten insgesamt über zwei Stunden, Top-Thema waren die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, der Ukraine- und der Syrienkonflikt.

Der russische Präsident konstatierte in dem Gespräch, der bilateraler Handel hätte sich in der letzten Zeit deutlich verschlechtert. Nach Angaben von Wladimir Putin haben sich die deutschen Exporte nach Russland seit 2012 von 38 auf knapp 21 Milliarden Euro nahezu halbiert. Ein Grund dafür seien die gegenseitig verhängten Wirtschaftssanktionen. "In diesem Zusammenhang betrachte ich Ihren Besuch als einen sehr wichtigen, [...] wir haben in Deutschland viele Freunde. Und allen Schwierigkeiten zum Trotz, die auch auf politischer Ebene auftreten, ist es so, dass unsere Freunde unsere Freunde bleiben," so der russische Präsident.

Vizekanzler Sigmar Gabriel bekräftigte seinerseits die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehung, äußerte aber auch den Wunsch, die komplizierten Themen wie Syrien und Ukraine anzusprechen. Für Gabriel ist der Bombenanschlag auf den Hilfskonvoi bei Aleppo „nicht nur schrecklich, sondern absolut unannehmbar“. Nach Angaben des Vizekanzlers habe Putin die Anschuldigungen der USA, für den Angriff auf den UN-Hilfskonvoi verantwortlich gewesen zu sein, zurückgewiesen. Laut Sigmar Gabriel habe Putin deutliches Interesse signalisiert, die Waffenruhe wiederherzustellen und betont, dass Russland keinerlei Motivation darin sähe, „die Lage zu verschärfen“. Darüber hinaus drängte der russische Präsident auf US-Schutz für Hilfskonvois in Syrien. "Das ist ja einer der großen Konfliktfälle, dass die Amerikaner jedenfalls bislang nicht bereit sind, dafür entsprechend einzutreten," betonte Gabriel nach dem vier Augen Gespräch mit Putin.

Trotz der Unstimmigkeiten sei die Atmosphäre, nach Angaben des Vizekanzlers, gut gewesen. Er betonte, man könne mit dem russischen Staatschef sehr offen reden - nur ob es zu Fortschritten führe, würde sich eben erst mit der Zeit herausstellen.

KOMMENTAR

»Goldener Herbst oder böses Erwachen?«

Von Heino Wiese

Während Ifo-Chef Clemens Fuest einen goldenen Herbst für die deutsche Wirtschaft erwartet, habe ich im Moment immer weniger Zutrauen in die ökonomische Kraft Deutschlands. Wir haben zurzeit zwar immer weniger Arbeitslose aber immer mehr Menschen die trotz entgegengesetzter Bemühungen der Bundesregierung nicht mehr von ihrem Einkommen leben können. Durch die Nullzinspolitik der EZB wird das Vermögen der kleinen und mittleren Sparer minimiert und Unternehmen verschulden sich unvernünftiger Höhe, weil das Geld so billig ist. Ausländische und inländische Immobilienspekulanten verteuern die Immobilien und Mieten, so dass das Wohnen in Innenstadtlagen für Normalbürger nicht mehr finanzierbar ist.

Es werden immer mehr deutsche Mittelständler von Private Equity und chinesischen Unternehmen aufgekauft, die diese Unternehmen gleich mit dem Kaufpreis belasten und damit deren Kosten und Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Unsere beiden großen Banken, angeblich „too big to fail“, werden gerade durch amerikanische Strafverfahren und Orientierungslosigkeit ihrer Chefbanker ruiniert und unsere stärkste Marke auf dem Weltmarkt „Volkswagen“ ebenso. Unser Schlachtschiff die deutsche Automobilindustrie, scheint den Anschluss an die neuesten technischen Entwicklungen schon verpasst zu haben und unser Persil wird „mosantisiert“. Nebenbei stellt sich mir noch die Frage, warum Commerzbank, Deutsche Bank und Volkswagen die lebensbedrohlichen Strafen in den USA bekommen und nicht bei uns. Sind wir justisch blind oder haben die Konzerne nur in den USA gegen Gesetze verstoßen oder gibt es einen US-Wirtschaftskrieg gegen unsere wirtschaftlichen Aushängeschilder?

BUNTES AUS BERLIN

KULINARISCHE WELTREISE: BERLIN FOOD WEEK

Vom 1.-8. Oktober findet die Berlin Food Week mit Mexiko als Partnerland statt. Über 50 Restaurants, in denen man für einen Festpreis schlemmen kann, nehmen im Rahmen der Berlin Food Week teil. Die Gründer Alexander van Hessen und

Sandro von Czapiewski setzten ihr Konzept 2013 zum ersten Mal mit dem Ziel um, Berlin als internationale kulinarische Hauptstadt für Feinschmecker, Journalisten, Spitzenköche und Gastronomen zu etablieren.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement:
Alice Greschkow, Evgenia Laznik
Telefon 030.810588811
Auflage: 3.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv <http://wiese-consult.com/hauptstadt-insider/informationen/>



INSIDER

DIE EU IST NICHT EUROPA!



Von Alexander Ulbrich MdB (Die Linke), Obmann des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union

DIE LINKE ist eine internationalistische und damit pro-europäische Partei. Unser Engagement für soziale Rechte, Frieden und Demokratie endet nicht an nationalstaatlichen Grenzen. Es richtet sich genauso gegen die Troika-Verarmungspolitik in Griechenland, das Säbelrasseln gegenüber Russland, die unmenschlichen Zustände an den EU-Außengrenzen, wie gegen das immer weitere Anschwellen des deutschen Niedriglohnssektors, Rentenkürzungen und unwürdige Hartz IV-Sanktionen. In der Europa-Debatte geht im Eifer des Gefechts manchmal einiges durcheinander. Da wird schon mal das politisch-ökonomische Konstrukt EU mit dem geografisch bzw. kulturell definierten Europa gleichgesetzt. Norwegen, Schweiz und Russen sind dann plötzlich keine Europäer mehr. Und wer die EU kritisiert wird zum Anti-Europäer. Diese Art der

Debattenführung spaltet, diffamiert und blockiert sachliche Auseinandersetzungen. Wir sollten die Dinge daher sauber trennen.

Aus unserer Sicht erfordert eine pro-europäische Haltung geradezu eine scharfe EU-Kritik. Vieles, für das die heutige EU steht, schadet den Bürgerinnen und Bürgern Europas:

Die demokratischen Rechte sind auf EU-Ebene weit weniger ausgeprägt, als in den europäischen Nationalstaaten. Der Lobbyeinfluss ist gigantisch. Nicht-gewählte Institutionen wie EZB und Kommission haben mehr Macht als nationale Parlamente und das EU-Parlament. Die Kürzungspakete der letzten Jahre haben Massenarbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit verursacht.

In der Flüchtlingskrise hat sich die EU als vollkommen unfähig gezeigt, entlang humanistischer Werte zu handeln. Die europäische Gemeinschaftswährung verursacht systematisch wirtschaftliche Ungleichgewichte und Krisen.

Die EU-Finanzregulierung ist ein schlechter Witz. Weitere Deregulierung wird schon vorbereitet. Die Pläne für eine Verteidigungsunion erinnern an Zeiten des Kalten Krieges. Und von den EU-Handelsabkommen TTIP und CETA geht ein immenser Druck gegen Arbeitnehmerrechte, kommunale Selbstverwaltung und Umweltschutz aus.

All das ist die EU, nicht Europa. Die heutige EU steht einem sozialen, friedlichen und demokratischen Europa im Weg. Deshalb ist eine scharfe EU-Kritik selbstverständlicher Bestandteil linker Europapolitik.

POPULISTISCHES REFERENDUM IN UNGARN

„Wollen Sie, dass die europäische Union die verbindliche Ansiedelung von nicht-ungarischen Bürgern in Ungarn sogar ohne Zustimmung des Parlaments bestimmt?“ Diese Frage stellt der Kopf der ungarischen Fidesz-Partei, Viktor Orbán, am 2. Oktober zur Abstimmung.

Der Hintergrund dieser Abstimmung ist die von der EU beschlossene Verteilung der in Griechenland und Italien ankommenden Flüchtlinge auf alle EU Staaten. Konkret geht es um 160.000 Flüchtlinge, Ungarn soll 2.300 aufnehmen. Die rechtskonservative Regierung in Budapest sträubt sich gegen diesen EU Beschluss und reichte schon im Dezember letzten Jahres Klage beim europäischen Gerichtshof ein. Im Februar diesen Jahres kündigte Orbán eine Abstimmung an, rechtlich wird das Ergebnis aber keinerlei Relevanz haben. Das Ergebnis könnte jedoch eine Signalwirkung auf andere Staaten wie die Slowakei, Rumänien und Tschechien haben. Auch dort regt sich Widerstand gegen die von der EU beschlossenen Maßnahmen zur Bewältigung der Probleme in Griechenland und

Italien.

Der positive Nebeneffekt für Orbáns Regierung ist die Ablenkung von innenpolitischen Problemen. So hatte die Fidesz jüngst mit massiven Korruptionsskandalen zu kämpfen. Auch um den Zustand des Gesundheits- und Bildungssystems in Ungarn steht es nicht gerade zum Besten. Im Angesicht der von Orbán in den Mittelpunkt gerückten Flüchtlingskrise, sind die Umfragewerte der Fidesz konstant gestiegen. Lagen die Zustimmungswerte zur regressiven Politik Orbáns im Februar 2015 noch bei 27%, so rangierten die Werte im letzten Monat bei 37%.

Ungarn lehnt Einwanderung nicht grundsätzlich ab, möchte seine Einwanderer jedoch selbst bestimmen. Seit 2013 hat Ungarn 3.649 Aufenthaltsgenehmigungen, im Gegenzug für Anleihen im Wert von 250.000 pro Stück, ausgegeben. Diese wurden vor allem von Personen aus China, Russland und den Golfstaaten in Anspruch genommen. Einwanderung ist für die ungarische Wirtschaft wichtig; das Land hat mit Brain Drain junger Kräfte zu kämpfen.

VW: NEUAUSRICHTUNG NACH DEM DIESEL-SKANDAL

In Paris hat der diesjährige Autosalon eröffnet. Aus deutscher Sicht liegt hier besonderes Augenmerk auf dem Wolfsburger Automobilhersteller Volkswagen.

Leidet der Konzern zunehmend unter immer neuen Klagewellen, so scheint er im Feld der Elektromobilität nun endlich zu seinen Konkurrenten aufzuschließen. Will man den Experten glauben schenken, so läutet der diesjährige Salon das Ende des Dieselmotors ein und auch für den herkömmlichen Ottomotor würde die Luft immer dünner werden.

So klein wie ein Golf und doch so geräumig wie ein Passat - so präsentiert der VW Vorstandsvorsitzende Matthias Müller den neuen VW I.D. Die Reichweite des neuen Modells hat VW nun auf bis zu 500 Kilometer erhöht und preislich rangiert er nur

leicht über einem vergleichbaren Dieselmotorenmodell. Doch Serienreif ist der neue I.D. noch lange nicht. Was in Paris präsentiert wurde, ist lediglich eine seriennahe Studie. Auch die anderen deutschen Hersteller präsentieren sich zukunftsweisend und innovativ. Mercedes schafft für seine Elektrosparte gleich eine eigenständige Marke und der krisengebeutelte Opelkonzern präsentiert seinen Ampera-e, welcher mit seiner erhöhten Reichweite Konkurrenten wie den BMW i3 und den Nissan Leaf weit hinter sich lässt.

Es müsse immer noch substantielle Fortschritte in der Batterietechnologie geben, so die Branche. Bis auf weiteres werden auch die deutschen Hersteller auf Batteriehersteller aus dem asiatischen Raum angewiesen sein.

DEUTSCHE BANK IN DER ABWÄRTSSPIRALE

Der Kurs der Deutschen Bank bricht an der Börse ein: der Aktienwert fiel um neun Prozent unter 10 Euro - ein Allzeittief.

Grund für den Einbruch ist eine Meldung der Nachrichtenagentur Bloomberg, aus der hervorging, dass 34 milliardenschwere Hedgefonds aufgelöst wurden.

Die Deutsche Bank ist zudem in mehrere rufschädigende Skandale verwickelt. In den USA gibt es drei Knackpunkte: Auf das Geldhaus wiegen Zahlungen schwer, die aufgrund von vermeintlicher Missachtung von Sanktionen verhängt wurden. Konkret

geht es um Geschäfte mit dem Iran, von denen die Deutsche Bank behauptet, dass diese bereits 2007 eingestellt wurden. Ferner belasten in den USA Justizstreite um Hypotheken und Steuern.

Auch auf einem anderen Teil der Erde gab es Schwierigkeiten: die Deutsche Bank soll in der Geldwäsche von russischen Rubel im Wert von sechs Milliarden Dollar verwickelt worden sein.

Nichtsdestotrotz beteuert die Deutsche Bank, dass Privatkunden von den Turbulenzen nichts mitbekommen würden.

Gugl-Hupf 

AMAZON: ANALOG AUF ERFOLGSKURS

Der Amazon-Konzern stellt sein Geschäftsmodell zunehmend breit auf. Nachdem der Online-Versand mittlerweile auch Lebensmittel liefert, wurde ein neues analoges Konzept vorgestellt: der Drive-In Supermarkt. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Lieferdienst-Riese einen analogen Buchladen - Amazon Books - im Universitätsviertel in Seattle eröffnet, drei weitere sollen folgen.

Die Bestellungen können von den Kunden direkt vor Ort abgeholt werden, Mitarbeiter tragen die bestellten Produkte auf Wunsch ins Auto, falls keine Zeit besteht, um selbst ins Geschäft zu gehen. Vor allem leicht ver-

derbliche und sensible Lebensmittel sollen zur Abholung bereit stehen.

Die Kunden bekommen ein Zeitfenster von 15 Minuten bis zwei Stunden, um Wartezeiten zu vermeiden. Wer in die Filiale geht, kann auch mit den dort vorhandenen Tablets direkt neue Produkte bestellen. Amazon komplementiert seine digitale Strategie zudem mit 100 Pop-Up-Shops in Einkaufszentren.

Bisher sieht Amazon eine Umsetzung der Läden, in denen man seine Produkte direkt abholen kann, nur in den USA vor. Ob in Deutschland perspektivisch ähnliche Modelle umgesetzt werden, ist noch unklar.

PERSONALIEN

SALEH ALS SPD-FRAKTIONSCHIEF IM ABGEORDNETENHAUS WIEDERGEWÄHLT

Raed Saleh (39) ist am 22. September als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin wiedergewählt worden. Er wurde mit 91,9 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Als Stellvertreter wurden Susanne Kitschun, Ülker Radziwill, Jörg Stroedter und Clara West wiedergewählt. Neuer Stellvertreter ist Andreas Kugler. Ebenfalls bestätigt wurde der Parlamentarische Geschäftsführer Torsten Schneider.

VOGEL NEUER GENERALSEKRETÄR DER WESTERWELLE FOUNDATION

Alexander Vogel (33) ist neuer Generalsekretär der Westerwelle Foundation. Er tritt die Nachfolge von Hans-Jürgen Beerfeldt an, der Anfang des Jahres verstorben ist. Seit 2014 war Vogel Büroleiter der Stiftung, die sich für internationale Verständigung, Demokratie und Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz einsetzt.

BMI BESTÄTIGT NEUEN DEUTSCH-TSCHECHISCHEN POLIZEIVERTRAG

Zum 1. Oktober tritt der neue Polizeivertrag zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik in Kraft, der damit den Vorläufer aus dem Jahr 2000 ersetzt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière traf Milan Chovances, seinen tschechischen Kollegen - beide begrüßen die neue Zusammenarbeit, die vor allem eine Intensivierung im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität darstellen soll. "

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ein notwendiger Schritt, um internationaler Diebstahls-, Rauschgift- und auch Zollkriminalität wirksam zu begegnen", sagte de Maizière. Die Beamten beider Staaten arbeiten nämlich nun auch bei Ordnungswidrigkeiten wie dem Besitz geringer Drogenmengen stärker zusammen.

Auch in grenzüberschreitenden Zügen können den Polizeibeamten des anderen Landes mehr Hoheitsrechte und Befugnisse erteilt werden, um effektiver nach Kriminellen fahnden zu können.

WORTE DER WOCHE

»Zur Deutschen Bank möchte ich nur so viel sagen, dass die Deutsche Bank ein Teil des deutschen Banken- und Finanzsystems ist.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin, über die Lage der deutschen Bank und mögliche Staatshilfe.

»Bei 30 Prozent haben wir die Chance, den Kanzler zu stellen [...] Wir wollen die Bundesregierung von vorn führen – nicht nur inhaltlich wie bisher. Wir werden uns gewaltig anstrengen, um das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen.«

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann bekräftigt, dass die SPD Anfang 2017 den Kanzlerkandidaten bestimmen wird.

»Auch die Sozialdemokraten können sich wieder retten und mehr als 25 Prozent bekommen, wenn sie nicht in Richtung CDU gehen, sondern sich den Linken annähern, obwohl da die Meinungen auseinandergehen.«

Der Politologe Alexander Rahr.

»Frieden ist in Syrien möglich, wenn sich um seine Wiederherstellung alle bemühen werden und nicht allein Russland. Die (Baschar) Assad-Regierung, der der Westen jetzt alle Sünden zuschreiben will, hat ihre Bereitschaft zur Waffenruhe sofort nach der Erzielung der russisch-amerikanischen Vereinbarungen demonstriert.«

Konstantin Kossatschow, Chef des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates (russisches Oberhaus).

»Ich kann ihnen nicht zu 100 Prozent trauen.«

Der russische Außenminister Sergej Lawrow über die USA.

»Was in Syrien geschieht, ist eine Schande für Europa.«

Der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger.

»Ich habe es geschafft, mich, ohne zu erben, unabhängig zu machen. Ich mache nichts mehr, worauf ich keine Lust habe.«

Wolfgang Reitzle, Aufsichtsratschef Linde.

»Von den strafbaren Inhalten, die User melden, löschte Twitter gerade einmal 1 Prozent, Youtube nur 10 und Facebook 46 Prozent. Das ist zu wenig.«

Heiko Maas, Bundesjustizminister.

TERMINE

4.10. BGA ZUM DEUTSCHEN AUSSENHANDEL

Pressekonferenz des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) zum Thema „Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels“, u.a. mit dem BGA-Präsidenten Anton F. Börner Tagungszentrum der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

5.10. DGVN UND DAG ZU DEN VEREINTEN NATIONEN

Vortragsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) und der Deutschen Atlantischen Gesellschaft (DAG) zum Thema „Deutschland in den Vereinten Nationen. Erwartungen – Möglichkeiten – Ziele“, u.a. mit dem Executive Director der Berghof Foundation Prof. Hans Joachim Giessmann, dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen Dr. Harald Braun und der Projektleiterin beim Global Public Policy Institute Sarah Brockmeier Landesvertretung Sachsen-Anhalt, Luisenstraße 18, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

9.10. FES UND URANIA ZUR DEUTSCHEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Vortragsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und der Urania Berlin zum Thema „Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik – neue Herausforderungen, neue Strategien?“, u.a. mit dem Leiter der Arbeitsstelle Transnationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik an der FU Berlin Prof. Thomas Risse Urania Berlin, An der Urania 17, 10787 Berlin (kostenpflichtig)